

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

18. WP - 37. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. März 2014, 10 Uhr,
in den drei Kieler Hochschulen

Anwesende Abgeordnete

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzende
Heike Franzen (CDU)	
Daniel Günther (CDU)	
Martin Habersaat (SPD)	
Beate Raudies (SPD)	
Kai-Oliver Vogel (SPD)	
Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Anita Klahn (FDP)	
Uli König (PIRATEN)	i. V. v. Sven Krumbeck
Jette Waldinger-Thiering (SSW)	

Weitere Abgeordnete

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Christopher Vogt (FDP)

Fehlende Abgeordnete

Heiner Rickers (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Besuch der Fachhochschule Kiel	5
2. Besuch der Muthesius Kunsthochschule Kiel	6
3. Besuch der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	7
4. Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1371	
5. Landesweiter Schulentwicklungsplan	9
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1349	
Änderungsantrag der Fraktionen von PIRATEN und CDU Umdruck 18/2378	
Schulentwicklungsplanung	
Interfraktioneller Änderungsantrag Umdruck 18/2492	
6. Künftige Gestaltung des Berichts zur Unterrichtssituation	10
Interfraktioneller Antrag Umdruck 18/2380 (neu)	
7. Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung von Wahlfreiheit an Gymnasien	11
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 18/1648	

- 8. Bericht des Bildungsministeriums zum Thema Rechtschreibung an Grundschulen** 12
[Umdruck 18/2580](#)
- 9. Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft** 13
Antrag der Fraktion der FDP
[Umdruck 18/2547](#)
Bericht der Bildungsministerin
[Umdruck 18/2618](#)
- 10. Gesetzentwurf der Landesregierung zur Lehrerbildung** 14
- 11. Verschiedenes** 15

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Besuch der Fachhochschule Kiel

Prof. Dr. Beer, Präsident der Fachhochschule Kiel, stellt die Arbeit der Fachhochschule vor und gibt den Ausschussmitgliedern umfangreiches Informationsmaterial an die Hand. Die Hochschule brauche eine Fortsetzung des Hochschulpakts, um dringend benötigte Fachkräfte an der Fachhochschule halten zu können, und für eine begrenzte Zeit einige kw-Stellen. Der demografische Wandel wirke sich nicht auf die Studierendenzahlen aus, die auf einem hohen Niveau blieben. Beim Promotionsrecht habe man sich mit dem gemeinsamen Promotionskolleg auf eine zeitgemäße Lösung verständigt. Das Verhältnis der Kieler Hochschulen untereinander habe sich in den letzten Jahren entspannt. Die Zusammenarbeit mit der CAU sei nach Fächern verschieden, mit der Agrarwissenschaftlichen und Technischen Fakultät gut, mit der Betriebswirtschaftslehre verbesserungswürdig. An der Fachhochschule Kiel studierten viele Berufstätige. Weil die sechssemestrigen Studiengänge nur von 20 % der Studierenden in der Regelstudienzeit absolviert würden, überlege man, die Bachelor-Studiengänge grundsätzlich auf sieben Semester auszulegen. Nahezu jeder Fachhochschulabsolvent bekomme einen Arbeitsplatz. Die Verkehrsanbindungen der Fachhochschule müssten verbessert werden. Der Präsident wirbt dafür, aus ökonomischen und ökologischen Gründen eine Seilbahn über die Förde zu bauen.

Prof. Dr. Knauer (Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit) berichtet über das Projekt „Demokratie in Kindertagesstätten“. Frühzeitige Partizipation und Demokratieerfahrung seien die Basis einer demokratischen Gesellschaft und sollten auch in der Lehrerbildung verankert werden.

Prof. Dr. Eisele (Fachbereich Informatik und Elektrotechnik) berichtet über forschende Lehre am Beispiel der Leistungselektronik im Institut für Mechatronik.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Besuch der Muthesius Kunsthochschule Kiel

Dr. Zerst, Präsident der Muthesius Kunsthochschule, stellt die Arbeit der Kunsthochschule vor, die 468 Studienplätze habe. Die Hochschule sei Partner der CAU bei den Exzellenz-clustern Future Ocean und Inflammation. 70 % der Studierenden und 35 % der Professorinnen seien weiblich; Nachwuchsförderung sei an der Kunsthochschule Frauenförderung. Die Ausbildung von Kunstlehrerinnen und Kunstlehrern wolle man verbessern und organisatorische Probleme verringern.

Prof. Breda, Vizepräsident der Hochschule, erläutert den Studiengang Raumstrategien.

Herr Mirow, Kanzler der Hochschule, appelliert an die Politik, den Hochschulpakt fortzusetzen, das Kooperationsverbot im Hochschulbereich aufzubrechen und die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern. 60 % der Absolventen machten sich selbstständig.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Besuch der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Prof. Dr. Fouquet, Präsident der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, stellt die Arbeit der CAU vor (siehe Anlage 1), Prof. Dr. Kempken, Vizepräsident der CAU, die zukünftige Struktur der Lehrerbildung, bei der man einen Kooperationsvertrag mit der Universität Flensburg abschließen wolle. Der Präsident wünscht sich eine Fortsetzung des Hochschulpakts und der Exzellenzförderung, eine Auflösung des Kooperationsverbots im Hochschulbereich, eine Forschungsagenda des Landes und bestimmte Änderungen des Hochschulgesetzes (siehe Anlage 2).

Zur Zukunft der Hochschulmedizin habe man gemeinsam mit den anderen Akteuren einen Vorschlag erarbeitet. Auch zum Thema Promotionsrecht - zurzeit promovierten 2.200 Studierende an der CAU - habe man ein Konsensmodell entwickelt. In der Frage der Bauherrenfähigkeit wünsche sich die Universität angesichts der umfangreichen Sanierungsmaßnahmen deutlich erweiterte Kompetenzen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/1371](#)

(überwiesen am 21. Februar 2014 an den **Bildungsausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Sozialausschuss; Verfahrensfragen)

Der Bildungsausschuss greift den Vorschlag des mitberatenden Sozialausschusses auf und will zunächst schriftliche Stellungnahmen einholen. Nach Abschluss der schriftlichen Anhörung will der Ausschuss möglicherweise das Hamburger Institut für Berufliche Bildung mündlich anhören.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Landesweiter Schulentwicklungsplan

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1349](#)

(überwiesen am 12. Dezember 2013)

Änderungsantrag der Fraktionen von PIRATEN und CDU

[Umdruck 18/2378](#)

Schulentwicklungsplanung

Interfraktioneller Änderungsantrag

[Umdruck 18/2492](#)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1349](#), in der Fassung des interfraktionellen Änderungsantrags, [Umdruck 18/2492](#), anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Künftige Gestaltung des Berichts zur Unterrichtssituation

Interfraktioneller Antrag

[Umdruck 18/2380](#) (neu)

Der Ausschuss stellt die Beschlussfassung über den interfraktionellen Antrag [Umdruck 18/2380](#) (neu) bis zur nächsten Sitzung zurück.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung von Wahlfreiheit an Gymnasien

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/1648](#)

(überwiesen am 20. März 2014)

Auf Antrag von Abg. Klahn beschließt der Ausschuss, schriftliche Stellungnahmen zum Gesetzentwurf einzuholen. Unter Hinweis auf die jüngsten Schulgesetzanhörungen und -änderungen soll den Anzuhörenden anheimgestellt werden, ob sie erneut eine Stellungnahme zu diesem Thema abgeben oder auf ihre vorliegenden Stellungnahmen verweisen wollen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Bericht des Bildungsministeriums zum Thema Rechtschreibung an
Grundschulen**

[Umdruck 18/2580](#)

Auf Fragen von Abg. Klahn sagt Frau Schiffler, Leiterin des Referats Grundschulen, Regionalschulen, Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe im Bildungsministerium, zu, den Bildungsausschuss über die VERA-Ergebnisse und die Frage zu unterrichten, in welchem Umfang Schulen im Bereich Orthografie freiwillig Vergleichsarbeiten geschrieben hätten. Das Projekt „Niemanden zurücklassen - Lesen macht stark Grundschule“ werde ausgeweitet, um möglichst frühzeitig die Gruppe der Risikoschülerinnen und -schüler zu verringern; zusätzliche Lehrerwochenstunden seien nicht vorgesehen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht [Umdruck 18/2580](#) zur Kenntnis und will über die Anträge [Drucksachen 18/1128](#) und 18/1149 in der nächsten Sitzung beschließen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft

Antrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 18/2547](#)

Bericht der Bildungsministerin

[Umdruck 18/2618](#)

Abg. Klahn fragt, inwieweit es bei den von der Neuordnung der Ersatzschulfinanzierung negativ betroffenen Schulen Anpassungen gebe, die unterschiedliche Bedarfe hätten und zu Recht eine nachvollziehbare Berechnungsgrundlage einforderten.

Herr Grundmann, stellvertretender Leiter des Referats Schulrecht, Innenrevision, Privatschulfinanzierung im Bildungsministerium, verweist auf den Bericht der Landesregierung zur Neuordnung der Ersatzschulfinanzierung und deren Auswirkungen ([Drucksache 18/1216](#) inklusive der vertraulichen Anlage), in dem die Berechnungen der Schülerkostensätze ausführlich dargestellt seien. Der Gesetzgeber habe die Möglichkeit, die prozentualen Fördersätze zu verändern. Die Evaluation hänge von der Entwicklung der Schülerkostensätze ab und sei im dritten Quartal 2014 vorgesehen; dann werde man den Landtag wieder über die Auswirkungen auf die einzelnen Schulen unterrichten. Im Übrigen sei das neue System wesentlich transparenter als das frühere. Die im Dezember 2013 ausgesprochenen Bewilligungen - damit beantwortet er eine Frage von Abg. Strehlau - seien auf der Grundlage der im Dezember abgefragten Prognoseschülerzahlen erfolgt. Die Fördersummen würden zweimal im Jahr angepasst - das nächste Mal im September 2014 -, bei besonderen Entwicklungen auch zwischendurch.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass es nicht an Transparenz mangle, sondern den Wunsch einzelner Schulen gebe, bei der Förderung stärker zu differenzieren.

Der Bildungsausschuss wird sich spätestens im dritten Quartal 2014 weiter mit der Thematik beschäftigen, wenn die Ersatzschulfinanzierung evaluiert wird.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Gesetzentwurf der Landesregierung zur Lehrerbildung

(Verfahrensfragen)

Der Ausschuss beschließt, zu dem für die April-Tagung des Landtags angekündigten Gesetzentwurf der Landesregierung zur Lehrerbildung schriftliche Stellungnahmen einzuholen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Nach kurzer Diskussion beschließt der Bildungsausschuss, dass die nächsten drei Ausschusssitzungen tonübertragen werden und das **Audio-Streaming** danach evaluiert wird.

b) Die **nächsten Sitzungen** finden - jeweils um 14 Uhr - statt am

- Donnerstag, 8. Mai 2014,
- Mittwoch, 11. Juni 2014,
- Donnerstag, 3. Juli 2014.

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, schließt die Sitzung um 16:50 Uhr.

gez. Anke Erdmann

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer